

# Kommunikationspolitik am Beispiel der Europäischen Gemeinschaft

## **Die EG-Fernsehrichtlinie von 1989 und die aktuelle Diskussion im Umfeld ihrer Novellierung**

# Gliederung

1 Entstehung der Fernsehrichtlinie

2 Novellierung der FRL

3 Diskussion im Umfeld der FRL

3.1 Rundfunkgebühren

3.2 Product Placement

3.3 Tabakwerberichtlinie

# Entstehung der EG-Fernsehrichtlinie

- Seit Anfang der 80er Jahre Bemühung der EG um die Schaffung eines „Fernsehens ohne Grenzen“
- 3.10.1989 Verabschiedung der *„Richtlinie des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität“*
- Seit 3.10.1991 in Kraft

# Inhalt und Aufbau der FRL

## ■ Allgemeine Ziele:

- Schaffung der Grundlage für freie Verbreitung audiovisueller Programme in der EG
- Schaffung einer europäischen Kommunikationsgesellschaft
- Schaffung eines europäischen Programms, einer europäischen Rundfunk- und Fernsehanstalt
- Förderung, Verbreitung und Herstellung europäischer Fernsehprogramme

# Inhalt und Aufbau der FRL

- Zwei Zielausrichtungen:

- Förderung der Entwicklung der europäischen Medienindustrie...
- ...unter Einhaltung gemeinsamer Mindestregeln und unter Berücksichtigung kulturpolitischer Ziele

z. B. Beschränkungen der Werbung, Jugendschutz, Gegendarstellungsrecht

# Quotenregelung

- Am längsten und härtesten umstritten – auch in den USA
- Ziel: Förderung von Tätigkeit und Entwicklung europäischer audiovisueller Märkte, die international konkurrenzfähig sind und die erforderlichen Investitionen rentabel machen
- Hintergrund: Schutz und Wahrung der kulturellen Identität und Vielfalt Europas gegenüber amerikanischem „Kulturimperialismus“

# Novellierung der FRL

- Ende 2005 Präsentation der Neufassung der FRL „Audiovisuelle Inhalte ohne Grenzen“ durch die EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien Viviane Reding
- Inhalt/Ausrichtung:
  - Ausdehnung auf alle Arten von audiovisuellen Angeboten
  - Liberalisierung der Werberegeln

# Novellierung der FRL

- 13.12.2006 Europäisches Parlament für Änderung der FRL
- Forderung nach Korrekturen u. a.:
  - Ausweitung der rundfunktypischen Regulierung nur auf Internetdienste mit hohem Videoanteil
  - FRL soll nicht für elektronische Presse gelten
- Bis Ende Januar 2007 Kommentierung der Vorschläge der Parlamentarier durch die EU-Kommission und Vorlage eines neuen Textes

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Rundfunkgebühren

- 2002 Beschwerde des *Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation* über kommerzielle Online-Angebote von ARD und ZDF
- Vorwurf: öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten betätigen sich teilweise im kommerziellen Bereich - Konkurrenz gegenüber privatwirtschaftlich finanzierten Medien
- Bundesländer betrachten jedoch die Rundfunkkompetenz als „föderales Hausgut der Länder“, das „unter allen Umständen verteidigt werden müssen“

# Diskussion im Umfeld der FRL Rundfunkgebühren

- seit Ende Dezember 2006 muss Deutschland den Forderungen nach mehr Transparenz nachkommen
  - Ausweitungen des Programms der Sender müssen von den Rundfunkräten der ARD und dem ZDF- Fernsehrat genehmigt werden
  - Künftig getrennte Buchführung bei ARD und ZDF über gebührenfinanzierte und kommerzielle Aktivitäten

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Product Placement

- Hintergrund: weltweiter Markt für PP boomt
- EU-Kommission fordert Befreiung des PP aus gesetzlicher Grauzone
- Bevorzugung einer Lösung nach österreichischem Vorbild:
  - PP verboten in Dokumentationen, Nachrichten und Reportagen
  - Erlaubt in Serien, Filmen, Sportsendungen und Unterhaltungsformaten nach klarem Hinweis für den Zuschauer

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Product Placement

- 13.11.2006 Beschäftigung mit Entwurf der neuen FRL durch Ministerrat
- Verständigung auf Kompromiss
- Inhalt:
  - Verbot von PP
  - Möglichkeit von Ausnahmen im nationalen Medienrecht
  - Hinweise für den Zuschauer am Anfang und Ende einer Sendung

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Product Placement

- 14.11.2006 Ruth Hieronymi (zuständige Berichterstatterin des EU-Parlaments bei der Novelle der FRL) in einer Presseerklärung:

**„Damit ist das von Teilen des Ausschusses angestrebte Verbot von Produktplatzierung endgültig vom Tisch und ein gravierender Wettbewerbsnachteil europäischer Produktionen gegenüber amerikanischen wäre beseitigt.“**

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Product Placement

### ■ Kritik:

- Kompromissvorschlag ist „Mogelpackung“, da Schleichwerbung grundsätzlich verboten wäre, aber Ausnahmen praktisch die Regel wären
- Durch PP setzen Medien ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel
- BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff:

**„Mit diesem Kompromiss wird die Öffentlichkeit in die Irre geführt.“**

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Product Placement

- 13.12.2006 EU-Parlament bearbeitet Kommissionspläne
  - Plädiert für grundsätzliches Verbot von PP mit Ausnahmen
  - Kennzeichnungsverpflichtungen auch im Verlauf entsprechender Sendungen
  - Mitgliedstaaten soll es freistehen, strengere Regeln einzuführen
- Reaktion:  
**„Schlag gegen Glaubwürdigkeit der Medien in Europa“**  
(BDZV)

# Novellierung der FRL

- 13.11.2006 Ankündigung der Erarbeitung einer abschließenden Fassung der neuen FRL im ersten Halbjahr 2007 unter deutschem EU-Vorsitz durch den deutschen Kulturstaatsministers

# Diskussion im Umfeld der FRL Tabakwerberichtlinie

- Juni 2000 Forderung des Generalanwalts Nial Fennelly am EuGH die Tabakwerberichtlinie aufzuheben
- TWRL sieht Verbot von Werbung und Sponsoring von Tabakerzeugnissen bis Juli 2001 vor

# Diskussion im Umfeld der FRL Tabakwerberichtlinie

## ■ Argumente Fennellys:

- RL sei Maßnahme zum Schutz der öffentlichen Gesundheit mit dem Ziel das Rauchen europaweit einzuschränken, aber für Harmonisierung im Gesundheitsbereich ist die EG nicht zuständig
- Verstößt gegen allgemeinen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, gegen die Eigentumsgarantie, gegen die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit in der EG
- RL sei unvollständig in Bezug auf den „kleinen Teil“ der Werbung

# Diskussion im Umfeld der FRL

## Tabakwerberichtlinie

- April 2006 EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou setzt Bundesregierung unter Druck, vor EuGH zu gehen, falls die Bundesregierung die RL nicht umsetzt
- Ab 2007 Nichtumsetzung zieht 110.000 Euro Strafe pro Tag nach sich
- Laut Bundesregierung fehlt der EU-Kommission dazu die Kompetenz aus dem EG-Vertrag
- EuGH weist Klage der Bundesregierung zurück

# Ausgangspunkt für Diskussion im Seminar

- Valdo Lehari jr., neuer Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbandes:

**„ Auf der einen Seite werden Werbeverbote verhängt, um die – vermeintlich unmündigen – Bürger zu schützen. Auf der anderen Seite darf das Fernsehen künftig Zuschauer mit Schleichwerbung an der Nase herumführen.“**

# Literaturverzeichnis

José Martín-Pérez de Nanclares: Die EG-Fernsehrichtlinie, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1995.

## **Zeitungsartikel:**

Judith Reicherzer: EU-Tabakwerberichtlinie wankt, aus: Süddeutsche Zeitung, 16.06.2000.

Michael Scheerer: EU wittert Beihilfen für ARD und ZDF, aus: Handelsblatt, 24.01.2005.

Daniela Weingärtner: Wie weit reicht Brüssels Arm? aus: Menschen machen Medien, Jahrgang 54, Ausgabe 05/06.

EU setzt stärkere Kontrolle bei ARD und ZDF durch, aus: Welt Kompakt, 19.12.2006.

Aktuelles Lexikon, Product Placement, aus: Süddeutsche Zeitung, 21.12.2006.

## **Weitere Internetartikel:**

EU-Gerichtshof weist deutsche Klage gegen Tabakwerberichtlinie ab, aus: SPIEGEL ONLINE, 12.12.2006, URL:  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,453919,00.html>.

EU: Viele Ausnahmen beim Product Placement, aus: FUNK Korrespondenz, 17.11.2006.

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. : Intern.

Nr. 10/2006 vom 27. April 2006 darin:

Kyprianou will Bundesregierung unter Druck setzen.

Nr. 28/2006 vom 16. November 2006 darin:

BDZV: Kompromiss ist Mogelpackung.

Gesetzgeber entmündigt die Bürger.

Nr. 31/2006 vom 21. Dezember 2006 darin:

EU-Parlament modifiziert Kommissionspläne zur Fernsehrichtlinie.

ARD und ZDF werden künftig stärker kontrolliert.